

Selbstständiger Antrag von Abgeordneten (§ 21 GeoLT)

eingbracht am 26.02.2026, 22:42:48

Landtagsabgeordnete(r): LTAbg. Sandra Krautwaschl (Grüne), LTAbg. Lambert Schönleitner (Grüne), LTAbg. Veronika Nitsche, MBA (Grüne)

Fraktion(en): Grüne

Zuständiger Ausschuss: Europa und Gesellschaft

Regierungsmitglied(er): Landesrat Mag. Stefan Hermann, MBL, Landeshauptmann-Stv. Manuela Khom

Betreff:

Ganzheitliche Strategie für verantwortungsvolle Mediennutzung und Stärkung der Medienkompetenz

Die Ankündigung des für Medien zuständigen Bundesministers Andreas Babler, bis zum Sommer einen Gesetzesentwurf für ein Social-Media-Verbot für Kinder vorzulegen, hat eine breite politische und gesellschaftliche Debatte ausgelöst. Zentrale Fragen – etwa zur Altersgrenze, zur technischen Umsetzung oder zur Notwendigkeit einer europäischen statt nationalen Regelung – sind bislang unbeantwortet geblieben.

Auch innerhalb der Steiermärkischen Landesregierung scheint bis dato keine einheitliche Linie zu bestehen. Während von Seiten der Steirischen Volkspartei ein Verbot für Unter-15-Jährige befürwortet wird (klub.stvp.at, [Forderung für Social-Media-Verbot für Unter-15-Jährige bekommt immer mehr Rückenwind aus Wien](#), 28.01.2026), spricht sich Jugendlandesrat Stefan Hermann gegen „radikale Verbote“ aus und betont die Bedeutung von Aufklärung und elterlicher Verantwortung (steiermark.orf.at, [Jugendlandesrat gegen Social-Media-Verbote - steiermark.ORF.at](#), 21.02.2026).

Die derzeitige Debatte greift jedoch zu kurz, wenn sie sich ausschließlich auf ein Verbot bzw. die Frage von Altersgrenzen konzentriert. Altersbezogene Zugangsbeschränkungen können ein Element des Jugendschutzes sein, ersetzen aber keine umfassende Strategie zur Stärkung der Medienkompetenz. Fachliche Analysen aus Medienpädagogik, Entwicklungspsychologie und Gesundheitswissenschaften zeigen, dass digitale Medien – insbesondere Smartphones und soziale Netzwerke – die gesamte Gesellschaft betreffen. Klar ist diesbezüglich, dass das Nutzungsverhalten Erwachsener die Beziehungsqualität, Aufmerksamkeit und Entwicklung von Kindern in erheblichem Maß beeinflusst.

Vor diesem Hintergrund genügt der Fokus auf ein Verbot sozialer Medien für Minderjährige nicht, wenn er nicht von ganzheitlichen Maßnahmen begleitet wird, welche die Medienkompetenz, soziale Beziehungsfähigkeit sowie die reflektierte Nutzung digitaler Medien in der gesamten Bevölkerung stärken. Ziel muss es sein, Kinder und Jugendliche wirksam zu schützen, ohne dabei auf einfache Verbotslogiken zu reduzieren, und gleichzeitig Erwachsene in ihrer Verantwortung zu unterstützen.

Es wird daher der

Antrag

gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- Programme und Informationskampagnen zu initiieren, die die Öffentlichkeit für bewusste, reflektierte und sozial verträgliche digitale Mediennutzung sensibilisieren;
- niederschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote für Erziehungsberechtigte, Pädagog:innen und Jugendliche bereitzustellen;
- mit Expert:innen evidenzbasierte Leitlinien für einen alters- und generationsübergreifenden Umgang mit digitalen Medien zu entwickeln und diese Einrichtungen im Bildungs-, Familien- und Jugendbereich zur Verfügung zu stellen; sowie
- an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, im Rahmen des Eltern-Kind-Passes systematisch relevante Berufsgruppen aus dem pädagogischen, psychologischen, medizinischen und sozialarbeiterischen Bereich einzubinden, um Fragen der digitalen Mediennutzung frühzeitig und präventiv zu behandeln.

Unterschrift(en):

LTAbg. Sandra Krautwaschl (Grüne), LTAbg. Lambert Schönleitner (Grüne), LTAbg. Veronika Nitsche, MBA (Grüne)